

berichtete, bei einem weiteren Testlauf in 20 Provinzen sei durch die Umstellung von lokal erhobenen Abgaben auf besser zu überprüfende Steuern die Belastung von Bauern um mehr als 30% gesunken. In der Vergangenheit hatten Bauern häufig über die willkürliche Erhebung von Abgaben zu Gunsten der örtlichen Funktionäre geklagt.

Ausländische Forscher wie der Rechts- und Agrarexperte Roy Prostermann verbinden größere Hoffnungen mit einem neuen Gesetz über die Landvergabe in ländlichen Regionen, das bereits im vergangenen August verabschiedet worden war. Es sieht vertraglich fixierte Nutzungsrechte über eine Dauer von 30 Jahren vor. Diese Laufzeit sei ausreichend, um langfristige Investitionen durch Bauern zu ermöglichen, etwa in Be- und Entwässerungsanlagen, die Pflanzung von Bäumen oder den Bau von Gewächshäusern. Zudem erlaube das Gesetz erstmals den Handel mit Landnutzungsrechten. Die sicheren und handelbaren Rechte sollten den Zündfunken liefern, um den ländlichen Konsum und damit auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik anzustoßen, sagt Prostermann und verweist auf die Erfahrung mit ähnlichen Reformen in Taiwan. Vergleichende Studien über den Handel mit Land in anderen asiatischen Ländern schätzen den Wert von Chinas 130 Mio. Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche auf 500 bis 600 Mrd. US\$. Nun gehe es darum, dieses bislang zu wenig genutzte Kapital zu erschließen, um den Lebensstandard von Chinas Landbevölkerung zu erhöhen und die 800 Mio. Menschen dort zu Konsumenten für Chinas städtische Industrie zu machen.

Zur Vorsicht mahnte dagegen Chen Xiwen vom Zentrum für Entwicklungsforschung beim Staatsrat. Bemühungen um eine höhere Produktivität in der Landwirtschaft, etwa durch den Handel mit Nutzungsrechten, müssten abgewogen werden gegen die Funktion dieser Rechte als einzige Einkommenssicherung für viele Landbewohner. In weniger entwickelten Gebieten solle die Sicherung eines Grundeinkommens für Bauern Vorrang haben. (AWSJ, 5.3., 7.3., 10.3.03; BBC EF, 3.3., 10.3., 13.3.03; BBC PF, 10.3., 11.3.03; FT, 6.3., 11.3.03) -bö-

SVR Hongkong

33 Treffen Tung Chee-hwas mit der neuen staatlichen Führungsspitze Chinas

Regierungschef Tung Chee-hwa hatte während eines Besuchs in Beijing, wohin er zur Teilnahme an der Abschlussitzung der ersten Jahrestagung des X. NVK gereist war, am 19. März Gelegenheit, mit dem neu gewählten chinesischen Staatspräsidenten, Hu Jintao, und dem neu gewählten Ministerpräsidenten, Wen Jiabao, zusammenzutreffen.

Hu Jintao versicherte Tung Chee-hwa der vollen Unterstützung durch die neue Zentralregierung, die die politischen Grundsätze der vorangehenden Regierungen gegenüber Hongkong fortsetzen wolle. Er sei zuversichtlich, dass Regierung und Bevölkerung der SVR die gegenwärtigen Probleme meistern und ein „neues Blatt in der Entwicklung Hongkongs aufschlagen“ könnten, solange sie Vertrauen und Einheit sowie eine entschlossene und nach vorne gewandte Einstellung bewahrten. Einer Hongkonger Quelle zu Folge soll Hu Jintao auch den Skandal um die Luxuslimousine des Hongkonger Finanzministers Antony Leung (vgl. die folgende Übersicht) kritisch angesprochen haben, von dem er hoffe, dass die Regierung der SVR angemessen damit umgehe.

Am selben Tag traf Tung Chee-hwa auch mit Ministerpräsident Wen Jiabao zusammen. In einem internationalen Presseinterview hatte sich dieser bereits am Vortag ausführlich dem Thema Hongkong gewidmet. In dem Interview hatte Wen Verständnis für die schwierigen wirtschaftlichen Probleme der SVR gezeigt, die zu einem Teil durch die schlechte Weltwirtschaftslage, zu einem anderen Teil aber auch durch strukturelle Defizite in Hongkong selbst bedingt seien. Dennoch könne die SVR weiterhin auf ihre unbestreitbaren materiellen und kulturellen Stärken bauen. Um die Schwierigkeiten zu überwinden, brauche Hongkong vor allem Einheit und Zuversicht. Auch er

sagte zu, dass die neue Zentralregierung wie die Vorgängerregierungen alles tun werde, um Hongkong zu unterstützen und Stabilität und Entwicklung zu wahren. Besondere Bedeutung komme dabei der Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen dem Festland und der SVR zu, die so bald wie möglich auf den Weg zu bringen seien.

Der gleiche Tenor unterlag dem Treffen zwischen Tung Chee-hwa und Wen Jiabao am 19. März. Konkret stellte der Ministerpräsident in Aussicht, die Hongkonger Wirtschaft durch die Förderung des Tourismus und des Transportwesens in der Region sowie durch Erleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen dem Festland und der SVR zu unterstützen. Wie die Wirtschaftsentwicklung der SVR im zweiten Halbjahr 2002 demonstrierte, zeigten solche politischen Instrumente durchaus signifikante Wirkung. Grundsätzlich müssten sich die Hongkonger bewusst sein, dass es um ihre wirtschaftliche Situation nicht schlechter bestellt sei als um die einiger anderer Länder Asiens. Um so wichtiger sei es, so mahnte Wen Jiabao wiederum, „Einheit und Zuversicht“ zu bewahren, um die bestehenden Probleme zu überwinden.

Wie diese Rhetorik deutlich macht, wird Hongkong immer mehr zum „Sorgenkind“ der chinesischen Führung. Vor dem Hintergrund der in der SVR wütenden Lungenkrankheit SARS und ihrer wirtschaftlichen Folgen (s. dazu die Übersicht unten), die wesentlich durch die fahrlässige Informationspolitik der festländischen Behörden verschuldet sind, ist eine Besserung der Lage trotz aller zweckoptimistischer Prognosen vorerst nicht abzusehen. (CCTV 1, 18.3.03, nach BBC PF, 19.3.03; Radio Television Hong Kong Radio 3, 19.3.03, nach BBC PF, 20.3.03; XNA, 20.3.03; *Ta Kung Pao*, 20.3.03, nach BBC PF, 23.3.03) -hol-

34 Skandal um Finanzminister Antony Leung

Antony Leung, der Finanzminister der SVR Hongkong, ist in der ersten Märzhälfte wegen des Kaufs einer Luxuslimousine unter heftigen öffentlichen Beschuss geraten. Wie bekannt geworden war, hatte er für sei-

nen privaten Gebrauch einen Lexus 430 im Wert von 100.000 USD erworben, und zwar wenige Wochen vor einer von ihm selbst autorisierten Erhöhung der Steuer für die Registrierung von Kraftfahrzeugen. Durch den Kauf des Wagens rechtzeitig vor Inkrafttreten der Steuererhöhung habe er rund 6.400 USD gespart.

Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Situation in Hongkong weitete sich der Fall rasch zum politischen Skandal aus, nachdem Antony Leung am 5. März selbst den Haushaltsplan der Regierung für das Haushaltsjahr 2003/04 bekannt gegeben hatte. Angesichts des wachsenden Haushaltsdefizits hatte er darin erhebliche Steuererhöhungen in einem Gesamtvolumen von knapp 7 Milliarden HKD sowie empfindliche Einschnitte in die Sozialhilfeleistungen von bis zu 11% angekündigt – Härtemaßnahmen, die seine persönliche Vorteilsnahme als umso gravierender erscheinen ließen.

In Reaktion auf den Vorfall übersandte Regierungschef Tung Chee-hwa ein formales Kritiks Schreiben an seinen Finanzminister. Darin tadelte er diesen für sein „unsensibles“ Verhalten in einer öffentliche Interessenkonflikte berührenden Frage, verzichtete allerdings darauf, Antony Leung seines Amtes zu entheben. Dieser erwiderte die Kritik, indem er sie vollständig akzeptierte und sich öffentlich für sein „allzu nachlässiges“ Verhalten entschuldigte. Zwar habe er in keiner Weise beabsichtigt, sich seiner Pflicht als Steuerzahler zu entziehen, doch müsse er zugeben, klar gegen den Verhaltenskodex für die Minister der SVR verstoßen zu haben. Er habe dem Regierungschef am 10. März seinen Rücktritt angeboten, dieses Angebot jedoch zurückgezogen, nachdem Tung Chee-hwa darauf verzichtet habe, dieses anzunehmen.

Ähnliche Entschuldigungen wiederholte Antony Leung am 17. März vor einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Verfassungsfragen der Legislativversammlung, wo er jedoch auf wenig Verständnis stieß. Abgeordnete der Legislativversammlung haben bei der Independent Commission Against Corruption (ICAC), der Hongkonger Anti-Korruptionsbehörde, formal Beschwerde gegen Leung

eingelegt, der die Behörde wird nachgehen müssen.

Eine konstitutionelle Handhabe gegen Verfehlungen von Kabinettsmitgliedern hat die Legislativversammlung nicht. Gemäß den Regeln des im vergangenen Juni eingeführten ministeriellen Systems kommt dem Regierungschef die alleinige Entscheidung über die Entlassung seiner Minister zu (vgl. C.a, 2001/10, Ü 30, 2002/6, Ü 30). War diese Regelung von demokratischen Kräften schon im Vorhinein scharf kritisiert worden, so hat der jüngste Skandal das damit einhergehende legitimatorische Defizit nun allgemein sichtbar gemacht. (WSJ, 2.3.03; FT, 5., 17.3.03; XNA, 6.3.03; SCMP, 6.3.03; Radio Television Hong Kong Radio 3, 10., 15., 17., 21.3.03, nach BBC PF 11., 16., 18., 22.3.03) -hol-

35 Rapide Ausbreitung von SARS

Im Laufe des März wurde offenbar, dass Hongkong das Hauptopfer der festlandchinesischen Informationspolitik mit Hinblick auf das unbekanntete Virus ist, das in der angrenzenden Provinz Guangdong seit November 2002 auftrat und bis Mitte Februar 2003 dort über 300 Fälle der schweren atypischen Lungenentzündung mit mehreren Todesfällen verursacht hatte. Erst nachdem die Guangdonger Provinzregierung am 11. Februar die Öffentlichkeit über die sich häufenden Krankheitsfälle informiert hatte, wurde man in Hongkong auf das unbekanntete Virus aufmerksam. Zwischen dem 8. und 13. März traten in Hongkong die ersten zehn Fälle auf. Zuvor hatte man kein Ansteigen von Lungenentzündung verzeichnet.

Im Unterschied zu Festlandchina meldete die Hongkonger Gesundheitsbehörde die Fälle sofort der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und bat diese um Unterstützung. Zudem gab Hongkong ab dem 13. März täglich Bulletins über neu aufgetretene Fälle der Krankheit heraus, sodass die Öffentlichkeit von Anfang an gut informiert wurde. Bis Ende März steigerte sich die Zahl der diagnostizierten Fälle auf 530. Die schnelle Ausbreitung des Virus hätte sicherlich verhindert werden können, wenn die Guangdong-

ger Behörden früher über den gefährlichen Erreger informiert hätten. Dann hätten sich die Mediziner in Hongkong besser vorbereiten und die ersten Fälle vorsichtiger behandeln können.

War also die Hongkonger Informationspolitik von vornherein eine andere als die festlandchinesische, so bleibt der Hongkonger Regierung dennoch der Vorwurf nicht erspart, dass sie die Krankheit zunächst verharmloste. Oberstes Ziel war, die Bevölkerung zu beruhigen und den Eindruck zu erwecken, dass man die Krankheit im Griff habe, indem betont wurde, es seien nur Kontaktpersonen, vor allem Krankenhauspersonal und Familienangehörige von Erkrankten, angesteckt worden. Führende Politiker, allen voran Tung Chee-hwa selbst, hatten in erster Linie die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Seuche im Auge, weniger die öffentliche Gesundheit.

Demgegenüber leistete die Gesundheitsverwaltung gute Arbeit. Dank der guten Zusammenarbeit mit der WHO hatte diese das Virus in Labors in Tokyo, Atlanta und Paris untersuchen lassen, und bereits Mitte März hatte die WHO die Krankheitssymptome als SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) definiert, wenngleich das Virus selbst noch nicht identifiziert war und auch ein Zusammenhang mit der in Guangdong ausgebrochenen atypischen Lungenentzündung noch nicht nachgewiesen werden konnte. In Hongkong selbst bemühten sich Forscher um die Identifizierung des Virus und die Verbesserung der Diagnose durch bestimmte Tests. Schon Mitte März, wenige Tage nach dem Auftreten der ersten SARS-Fälle, richtete die Hongkonger Hospital Authority eine Task Force ein, die mit der Aufgabe betraut wurde, die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Demselben Zweck dienten Aufklärung, Gesundheitsratschläge und hygienische Erziehungsmaßnahmen durch die Gesundheitsbehörde und Gesundheitsämter.

Am 21. März wurden die beiden ersten Schulen, in denen Verdachtsfälle aufgetreten waren, geschlossen. Krankenhauspersonal und andere gefährdete Gruppen wurden angewiesen, Atemschutzmasken zu tragen, und die Hongkonger Fluggesellschaften ergriffen spezielle Schutzmaßnahmen, da-

mit die Krankheit sich nicht weiter ausbreitete.

Mit der Häufung der Fälle geriet die Regierung jedoch immer mehr unter Druck. Am 27. März beriet sich Tung Chee-hwa mit seinem Kabinett, und auf einer anschließenden Pressekonferenz sprach er von einer „sehr, sehr ernstesten Lage“ und verkündete verschärfte Maßnahmen im Kampf gegen SARS. Dazu zählten u.a.

- Quarantäne aller Kontaktpersonen
- tägliche Meldepflicht und Untersuchungen der Kontaktpersonen bei den Gesundheitsämtern
- Einweisung aller Personen mit SARS-Symptomen in Isolierstationen
- Verbot für Kontaktpersonen, zur Arbeit oder zur Schule zu gehen
- Verhängung von Strafen bei Nichtbefolgung
- Einrichtung von Hotlines
- Intensivierung des Informationsaustauschs mit den Guangdonger Behörden
- Gesundheitsnachweise für Einreisende an allen Grenzkontrollpunkten

Als Ergebnis der Quarantäneverordnung wurden Ende März 1.080 Personen mit engem Kontakt zu SARS-Kranken, also vor allem Familienangehörige und medizinisches Personal, unter Quarantäne und gut 1.000 Personen mit weniger engem Kontakt unter Beobachtung gestellt. Auch die Instruktionen der Gesundheitsämter über öffentliche Hygiene, etwa über die Desinfektion von Arbeitsplätzen und anderen Orten, wurden intensiviert. Zugleich wurde die Schließung aller Schulen verfügt. Von der Hongkonger Bevölkerung wurden die Maßnahmen begrüßt, aber Kritiker bemängelten, dass sie zu spät kamen. Erst 17 Tage nach Bekanntwerden der ersten Fälle in Hongkong habe die Regierung angemessen reagiert, während sie vorher eher daran interessiert gewesen sei, die Bevölkerung zu beschwichtigen. (BBC PF, 14.-31.3.03; XNA, 14.-31.3.03; WSJ, 28., 31.3.03; IHT, 27.3.03)

Dass die verschärften Maßnahmen im Kampf gegen die Seuche erst verspätet einsetzten, hat die Hongkonger

Regierung zu verantworten. Die Gesundheitsverwaltung jedoch hat vom Ausbruch der Krankheit an gute Arbeit geleistet, vor allem was die Zusammenarbeit mit der WHO angeht. Hongkong verfügt über ein gut funktionierendes Gesundheitssystem, das sich in dieser Krise bewährt. Sein Standortvorteil als Drehscheibe Ostasiens gereicht ihm in dieser Krise allerdings zum Nachteil, denn Hongkong kristallisierte sich schnell als wichtigster Transitort für das Virus heraus. Wie es scheint, ist Hongkong am schwersten von der Lungenseuche betroffen. Doch dieser Eindruck könnte trügen. Es könnte sein, dass die Zahl der SARS-Fälle in Guangdong weitaus höher liegt als in der Sonderverwaltungsregion, dass die Welt aber aufgrund der schlechten Informationspolitik der Guangdonger Gesundheitsbehörden über das wahre Ausmaß nicht genügend unterrichtet wird. -st-

36 SARS-Epidemie verstärkt Sorgen um Deflation und Haushaltsdefizit

Ende März gab es in Hongkong 610 gemeldete Fälle der Lungeninfektion SARS, 15 Menschen waren an der Krankheit gestorben. Weltweit bestanden zu diesem Zeitpunkt mehr als 1.600 Infektionen und es gab etwa 60 Todesopfer. Hongkong ist vom Ausbruch der Lungeninfektion SARS besonders stark betroffen, nicht nur wegen der räumlichen Nähe zur Provinz Guangdong, wo die Epidemie im November 2002 ihren Ursprung fand. Noch dazu ist die Wirtschaft der Sonderverwaltungszone derzeit besonders schlecht vorbereitet, um die negativen Folgen von SARS auszugleichen. Unmittelbar vor dem Bekanntwerden der Epidemie schätzte der Internationale Währungsfonds das Hongkonger Wachstum auf 2% für 2002 und 3% für 2003. Die zunächst optimistischere Investmentbank Merrill Lynch hat die Prognose für 2003 unterdessen wegen der Lungenkrankheit von 4,6 auf 4% gesenkt.

Direkt von SARS betroffen ist der Tourismus, der 6,1% des Hongkonger Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftet. Doch auch Gastronomie und Einzelhändler berichteten Ende März über Umsatzeinbrüche von 40 bis 50%,

als viele Menschen wegen der stetig steigenden Zahl der gemeldeten Infektionen lieber zu Hause blieben als auswärts essen oder einkaufen zu gehen. Unsicherheit und Angst schlugen auf die Aktienkurse durch. In der zweiten Märzhälfte sank der Hongkonger Börsenindex Hang Seng um über 6%.

Deflation, stagnierender Konsum und ein steigendes Haushaltsdefizit belasteten jedoch schon vor Ausbruch der Epidemie die Konjunkturaussichten. Nicht hilfreich für die Bewältigung dieser Probleme ist, dass Hongkong seine Währung über ein Currency Board zu einem festen Kurs an den US-Dollar gekoppelt hat. Die Sonderverwaltungszone hat es daher nur schlecht verkraften können, dass die Immobilienblase geplatzt ist und sich die Konkurrenz gegenüber Anbietern auf dem chinesischen Festland verschärft hat. Es war nicht möglich, die Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertungen zu verbessern; die Arbeitslosigkeit stieg von 3,6% im April 1998 auf zuletzt 7,4%.

„Mit einem flexiblen Wechselkurs könnte Hongkong die wirtschaftlichen Folgen besser bewältigen“, sagte Michael Spencer, Asienexperte bei der Deutschen Bank. Für die Währungsanbindung ist nach Einschätzung der Morgan-Stanley-Ökonomin Denise Yam nun vor allem ein Problem, dass SARS zu niedrigeren Steuereinnahmen und höheren öffentlichen Ausgaben führt. Dadurch steige das Budgetdefizit und die Währungsreserven schrumpften. Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur werden die Etatlücke weiter vergrößern. „Die Glaubwürdigkeit des Währungssystems hängt an den Devisenreserven“, warnte Yam. Mit sinkenden Reserven wachse die Wahrscheinlichkeit einer spekulativen Attacke auf den Hongkong-Dollar. (AWSJ, 25.2.03; FAZ, 3.4.03; FT, 2.3., 3.4.03; *Financial Times Deutschland*, 27.3., 10.4.03; HB, 10.2.03; SCMP, 1.4.03) -schü-